

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 52.

Leipzig, den 26. Dezember.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Unterveritätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filial-Expedition F. W. Grelmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Mit dieser Nummer schließt der erste Jahrgang unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zusendung des Blattes keine Unterbrechung erleidet. Unsere auswärtigen Abonnenten, welche bisher das Wochenblatt unter Kreuzband bezogen haben, werden gebeten, dasselbe von Neujahr ab bei der Post oder im Buchhandel zu bestellen, da die Extra-Sendung uns zu viel Kosten und Umstände verursacht. Wir können zu fernerer Kreuzbandsendung uns nur dann verstehen, wenn der Betrag von 15 Ngr. per Quartal pränumerando eingesandt wird.

## An unsere Parteigenossen.

Von jetzt an erscheint das „Demokratische Wochenblatt“ zugleich als Organ des Verbands deutscher Arbeitervereine, da laut Beschluß des Vororts des Verbands das bisherige Organ desselben, die „Deutsche Arbeiterhalle“ zu erscheinen aufhört. Das „Demokratische Wochenblatt“ wird in dieser neuen Eigenschaft alle offiziellen Anzeigen und Bekanntmachungen des Vororts, sowie Berichte und Mittheilungen aus den deutschen Arbeitervereinen enthalten und dadurch in erhöhtem Maße in den Stand gesetzt sein, ein möglichst vollständiges Bild der Parteithätigkeit auf dem politischen und sozialen Gebiete zu geben. Um eine diesem erweiterten Wirkungskreis entsprechende Erweiterung des Blattes vornehmen zu können, richten wir an alle Parteigenossen die Bitte, für die Verbreitung des „Demokratischen Wochenblattes“ auf das Nachdrücklichste zu wirken. Nur durch eine thatkräftige Unterstützung aller unserer Freunde und Gesinnungsgenossen werden wir in der Lage sein, die Ansprüche, welche an ein Organ der deutschen Volks- und Arbeiterpartei gestellt werden können und müssen, zu befriedigen. Thue also Jeder seine Schuldigkeit!

**Der Ausschuss der deutschen Volkspartei  
in Sachsen.**

**Der Vorort des Verbands deutscher  
Arbeitervereine.**

Inhalt: Politische Uebersicht. — Eine Parteipflicht. — An die Arbeiter Deutschlands! — Die Arbeiterbewegung in Wien. — Aus England. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten. — Beilage: Selbsthilfe und Staatshilfe. — Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg. — Anzeigen.

befindet sich nicht länger unter dem Druck des „unvorhergesehenen Ereignisses“ in Spanien.

Zunächst handelt es sich allerdings um die Orientalische Frage; aber diese ist mit den übrigen „brennenden Fragen“ (an denen bekanntlich ein großer Ueberfluß) so weichselkopfig verflochten, daß, wer eine anpackt, alle andern in Aufruhr bringen muß. Es fragt sich bloß, wo der erste Schuß fällt. Einmal begonnen heißt Krieg an der Donau auch Krieg am Rhein und wer weiß, wo sonst noch.

Die „Staatsmänner“ in Berlin begreifen das und suchen den bösen Nachbar durch eine unschuldige Miene und honigsüße Friedensbetheuerungen mild zu stimmen. Die süddeutschen Trauben sind auf einmal essigsauer geworden. In Antwort auf einen Artikel der Wiener „Presse“ (Organ der österreichischen Minister), die von den Gelüsten Preußens auf Süddeutschland geredet hatte, erklärte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Leibblatt Bismarcks, vor einigen Tagen: „Preußen kann Süddeutschland nicht erobern, weil die Garantieverträge den Regierungen Süddeutschlands Unabhängig-

## Politische Uebersicht.

Die Dinge kommen in Fluß. In Frankreich ist Lavalette zum Minister des Auswärtigen ernannt worden. Um die Tragweite dieser Nachricht zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß Lavalette es war, der 1853 den Krieg der Westmächte mit Rußland in Szene zu setzen hatte; und muß man hiermit die Thatsache zusammenhalten, daß der Bruch zwischen der Türkei und Griechenland sich vollzogen, und daß die Türkei, ganz wie 1853, sich der Vormundschaft der europäischen Gesandtschaften entwunden hat und auf eigene Faust vorgeht. Kein Zweifel mehr, die französische Regierung

keit und Integrität des Gebiets zusichern. Preußen will Süddeutschland nicht erobern, weil dies eine Schwächung seiner Kraft wäre. Preußen wird Süddeutschland nicht erobern, weil es Niemand zu nöthigen gedenkt und eine gewaltsame Einfügung des Südens in den Norddeutschen Bund zum Kriege mit Oesterreich und Frankreich führen würde. Preußen wird aber Süddeutschland mit Hingabe aller Kraft und mit aller Energie zu schützen wissen, wenn Süddeutschland das im Prager Frieden vorgezeichnete nationale Band mit dem Norden herzustellen Willens und entschlossen ist.“ An dieser langen Auslassung sind nur 5 Worte wahr und ehrlich gemeint, nämlich die 5 ersten: „Preußen kann Süddeutschland nicht erobern.“ Setzt nicht. Aber nicht, weil „Verträge die Unabhängigkeit der Regierungen Süddeutschlands sichern“, sondern, weil Preußen momentan außer Stand ist, Süddeutschland so zu vergewaltigen, wie es dieß 1866 mit den nördlich des Rheins befindlichen Theilen Deutschlands gethan hat. Aus diesem, und nur aus diesem Grunde „gedenkt“ es Süddeutschland „nicht zu nöthigen“. Wenn Hegrim Verdauungsbeschwerden hat und in der Klemme steckt, ist er immer enthaltsam.

Hierher gehört auch eine späßige Aeußerung, zu welcher die „Kreuzzeitung“, das Organ des preußischen Junkerthums, durch einen Artikel der Pariser „France“ veranlaßt ward: „Bei uns existirt gar keine Kriegspartei, da Niemand an Eroberungen oder an Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer Mächte denkt. Aber das will allerdings auch Niemand, daß die anderen Mächte sich in unsere Angelegenheiten mischen. *Suum cuique!*“

*Suum cuique.* Auf Deutsch: Jedem das Seine, wie Graf Bismarck sagte, als er Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt „einverleibte“, und das Privateigenthum des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen einsackte.

Mit dem Ergebnis der Dresdner Reise soll Graf Bismarck nicht zufrieden sein. Wir haben gute Gründe anzunehmen, daß er absolut nichts ausgerichtet hat. Vorläufig ist Preußen unfähig, uns zu „nöthigen“ und später — nun, kommt Zeit, kommt Rath.

Trotz der „affenartigen Geschwindigkeit“, welche den preußischen „Volksvertretern“ angedrückt worden ist, hat das Abgeordnetenhaus sich bis zum 7. Januar vertagen müssen, ohne mit den Budgetberatungen zu Ende gelangt zu sein. Die Steuern werden natürlich forterhoben, die Erlaubniß der Kammer ward freilich nicht eingeholt, ist aber auch nicht nöthig. In einer der letzten Sitzungen machte Graf Bismarck den „Volksvertretern“ noch einmal ihren Standpunkt recht klar. Herr Löwe („Calwe“), 1849 Präsident des deutschen Parlaments, nachdem die Gothaer fahnenflüchtig geworden waren, seitdem selbst fahnenflüchtig und aus einem demokratischen Löwen zu einem fortschrittlichen Pudel avancirt, der auf Kommando apportirt, annekirt, konfisziert — und manchmal interpellirt — Herr Löwe („Calwe“) fragte den gestrengen Herrn und Meister mit fortschrittlichster Demuth, ob die Regierung den Cartellvertrag mit Rußland erneuern werde. Graf Bismarck verweigerte einfach die Antwort, und sprach der Kammer die Befugniß ab, von der Regierung über „schwebende oder bevorstehende Verhandlungen Auskunft“ zu erbitten! Wir brauchen nicht zu erwähnen, das Herr Löwe („Calwe“) und seine Kollegen sich diese Abfertigung gefallen ließen. Ist der schmachtvolle Vertrag erneuert (und wo möglich bismarckisch verbessert), dann wird man es der Kammer mittheilen — falls die Regierung bei guter Laune ist.

Als Graf Bismarck dem Abgeordnetenhaus die Krallen gezeigt hatte, begab er sich spornstreichs in das Herrenhaus

und machte ein Sammetpfötchen, indem er den dort vorliegenden Antrag auf Redefreiheit der Abgeordneten unterstützte, was jedoch nicht hinderte, daß derselbe mit großer Mehrheit verworfen ward. Die Nationalliberalen jubeln nun über den „Liberalismus“ ihres Heiligen, und der Heilige ist zu fromm, um dem Herrenhaus ob dieses Akts von Ungehorsam zu zürnen.

Wie viel hat man nicht vom „Schug“ gefabelt, den der Nordbund den „Deutschen im Ausland“ angedeihen lasse! Zu den russischen Commentaren (Erläuterungen) ist jetzt einer aus England gekommen. Drei deutsche Staatsbürger werden auf einem englischen Schiff niederträchtig mißhandelt. Der „Norddeutsche“ Gesandte in London, an den man sich gewandt, rührt sich nicht, und eine Privatgesellschaft, der Deutsche Rechtschutzverein, dem hiermit unser Dank gezollt sei, muß den Bürgern des großmächtigen Nordbunds zu ihrem Recht verhelfen!

„Aus München wird uns geschrieben: „Die Staatsregierungen der deutschen Mittelstaaten, zumeist aus bureaukratischen Persönlichkeiten zusammengesetzt, zeigen nach dem Kriege des Jahres 1866 gerade so wenig Fähigkeit zu einer selbstständigen und thatkräftigen Politik und Neigung zur Freiheit als vor demselben. Die Welt, welche seither über die mittelstaatlichen Regierungen durchaus kein günstiges Urtheil zu fällen gewohnt war, hat daher keinerlei Grund dasselbe zu ändern, sowie auch das Volk der betreffenden Staaten sich nicht veranlaßt finden darf, ein Jubellied über die liberale Umwandlung der Regierenden anzustimmen.“

In der deutschen Frage z. B. thun die Regierungen von Bayern und Württemberg gar nichts, wenn man anders nicht gemüthliches Verharren auf dem von Preußen dictirten Standpunkte oder ruhiges Abwarten der Dinge, die da noch kommen sollen, als Thätigkeit bezeichnen will. Die Staatsmänner der fraglichen Länder haben durchaus kein bestimmtes positives Ziel im Auge, das ihnen bezüglich der Neugestaltung Deutschlands vorschwebt. Sie reden allerdings in allgemeinen Phrasen von einem künftigen Zusammenschluß Deutschlands, aber mit welchen Mitteln und auf welche Weise sie diesen bewirken wollen, oder welche bestimmte Gestalt er erhalten soll, darüber herrscht tiefes Schweigen. Wir glauben uns daher vollkommen zu der Ansicht berechtigt, daß bei der württembergischen nicht minder wie bei der bayerischen Regierung Planlosigkeit als der ganze Inhalt ihrer nationalen Politik zu gelten hat. Wir meinen aber auch, daß jede Minute, welche die bestehenden Ministerien noch dauern, für die betreffenden Staaten und für Deutschland einen unerfeglichen Verlust bildet.

Man mag auswärts vielfach glauben, daß die fraglichen Regierungen es mit der Freiheit in der That Ernst meinen, weil unsere innern Zustände im Vergleich zu den preußischen immer noch als höchst erträglich zu gelten haben. Allein diese Ansicht ist total falsch. Ein Bureaukrat geht in freisinniger Richtung nie weiter, als er durch äußern Zwang und die Gewalt der Umstände gezwungen ist, und vertheidigt seine Position (Stellung) Schritt für Schritt. Dies hat man dieser Tage im bayrischen Landtag bei Verathung der neuen Gemeindeordnung gesehen, welche das Princip der Autonomie (Selbstverwaltung) der Gemeinden verwirklichen soll. Wie die bayrische Staatsregierung dieses Princip auffaßt, hat sie durch den Minister des Innern, Hrn. v. Hörmann zu erkennen gegeben, der es von der Genehmigung der Staatsregierung abhängig gemacht wissen wollte, daß die Gemeindevorsteher Ehrenbürger ernennen und gewisse Verbrauchsteuern erheben dürfen! Dessen ungeachtet nennt sich das gegenwärtige

Ministerium des Innern liberal und der Minister soll das liberale Mitglied desselben sein!

Welche Ereignisse müssen denn noch kommen, um die Herren, welche in den Ministerien sitzen, in andere Bahnen zu lenken?"

Überall in Süddeutschland macht die Demokratie Fortschritte. Abgesehen von Württemberg, wo die Volkspartei im Verein mit den großdeutschen Demokraten\*) der Mehrheit im Lande sicher ist, und sich eine einflussreiche Stellung in der Kammer errungen hat, wird auch in Hessen, Bayern und Baden nachdrücklich an einer Parteiorganisation gearbeitet. Die neubegründete „Mannheimer Abendzeitung“ wird das Werk wesentlich fördern — dafür birgt der Name unseres braven Eichelsdörfer.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Roser und Genossen einen Antrag eingebracht, wonach die tägliche Arbeitszeit in Fabriken auf 10 Stunden herabgesetzt wird, Kinder unter 14 Jahren gar nicht in Fabriken zugelassen werden dürfen, und für Kinder besondere Arbeitshäuser zu errichten sind. Glück auf!

Das Defizit macht die Kunde durch Europa. Auch der Schweiz hat es einen Besuch abgestattet, aber dort will man es sich ungenügend gleich wieder vom Hals schaffen, und zwar durch das allerdings sehr plebejische, dagegen desto fehnere Mittel des — Sparens. Sie haben doch wenig Lebensart diese Republikaner.

Spanien steht nach den neuesten Nachrichten vor dem Staatsstreich. Es ist jetzt documentarisch (durch Aktenstücke) festgestellt, daß der — leider niedergeschlagene — Aufstand in Cadix von der Regierung geflissentlich herbeigeführt war. Der Pariser „Liberte“ wird aus Madrid geschrieben:

„Die Einzelheiten der Insurrection von Cadix treten immer mehr zu Tage, obgleich es noch nicht möglich ist, eine genaue Geschichte derselben zu schreiben. Es ist bewiesen, daß der einzige Schuldige die provisorische Regierung ist. Allein mit der „Correspondenz“, dem offiziellen Organe, bewaffnet, könnte man einen furchtbaren Anklageakt gegen sie schreiben, der alle Verleumdungen, die von ihr ausgegangen, zurückweisen, alle ihre schamlosen Lügen zu brandmarken im Stande wäre. Man hat nicht nothwendig, zu diesem Behufe auf die republikanischen Journale zurückzugreifen. Minister Sagasta hat die Frechheit gehabt, am 10. November den Gouverneuren der Provinzen nachstehende Depesche zu senden: „Das Supplement des Blattes „Igualdad“ schreibt die Insurrection von Cadix einer Ordre zur willkürlichen Entwaffnung der Miliz vor. Es ist das vollständig falsch. Verhindern Sie die Verbreitung dieser Nachricht und wenn Sie dazu nicht im Stande sind, so lassen Sie dieselbe durch die Presse auf jede andere Art für falsch erklären“. Nun belehren uns heute die offiziellen Regierungsorgane, daß die Insurrection durch folgenden Tagesbefehl erlassen worden ist: „Wir Joaquin de Peralta, Marschall und Militärgouverneur u. verordnen: Art 1: Dieser Platz (Cadix) und diese Provinz werden nach dem Befehle vom 17. April 1821 in Belagerungszustand versetzt. Art 2. In einer Frist von drei Stunden nach Erlaß des gegenwärtigen Befehls müssen alle Waffen, Gewehre, Revolver u., die sich im Besitz von Milizen oder Privaten befinden, in dem Stadtpark abgeliefert werden. Art 3. Nach Ablauf dieser Frist werden Hausdurchsuchungen veran-

staltet und die Personen, welche sich im Besitze von Waffen befinden, durch eine Militärcommission abgeurtheilt werden. Art. 4. Jede Gruppe, die mehr als 5 Personen zählt oder die Ordnung stört, wird durch Waffengewalt gesprengt. Die dabei Verhafteten werden durch eine von uns ernannte Militärcommission abgeurtheilt. Art. 5. Alle persönlichen Freiheiten werden suspendirt, bis nach Wiederherstellung der Ordnung die Stadt wiederum in ihren normalen Zustand gelangt und man im Stande sein wird, die Organisation der Miliz nach den Dekreten der provisorischen Regierung vorzunehmen. Art. 6. Die Veröffentlichung und der Verkauf jedes Journals, Pamphlets, jeder Druckschrift überhaupt ist verboten, welchen Charakter dieselben auch tragen mögen. Art. 7. Diejenigen, welche dem Dekret zuwiderhandeln, werden als Unruhmäcker angesehen und von der Militärcommission nach der ganzen Strenge des Gesetzes abgeurtheilt werden. Cadix, 5. Dec. 1868. Der Militärgouverneur Joaquin Peralta. Es ist somit erwiesen, daß die Freiwilligen durch ihren gewaltsamen Widerstand gegen den Militärgouverneur ihr Recht vertheidigt haben, ohne der provisorischen Regierung ungehorsam zu werden. Eine brutale vorbedachte Herausforderung war die einzige Ursache der Revolte“.

Die „Liberte“ bemerkt dazu: „Die wahre Lage Spaniens ist die: Lopez, Prim, Serrano und andere unruhige Generale haben die spanische Revolution gemacht. Zu wessen Vortheil? Die Meisten wollten nur eins, sie wollten die herrschende Dynastie stürzen und dann den Anspruch der öffentlichen Meinung abwarten; Andere und an ihrer Spitze Prim, wollten etwas ganz Anderes — ihren Nutzen fördern. Diktatur und Krone sind seit zwanzig Jahren Gegenstand der Spekulation. Ein Spekulant, der sie erringen will, hat sich eben verrathen — es ist Prim.“

In Madrid sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden, und wir müssen jeden Augenblick darauf gefaßt sein, daß die Regierung, d. h. Prim die Maske abwirft, und irgend einen Strohmann auf den Thron setzt, um unter dessen Namen die Säbelherrschaft auszuüben.

Der Krieg zwischen Paraguay und Brasilien ist in ein neues Stadium getreten. Es hat sich herausgestellt, daß der bisherige amerikanische Gesandte in Paraguay, der mit Präsident Lopez in Streit gerathen war, sich vollständig im Unrecht befand und wahrscheinlich brasilianisches Gold empfangen hatte. Die Folge dieser Entdeckung ist, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, sobald Grant den Präsidentenstuhl besteigt, nachdrücklich für Paraguay Partei ergreifen, und den Kaiser von Brasilien mores (gute Sitten) lehren wird.

Aus Nürnberg schreibt man uns unterm 19. Dez. „Ein gestern spät am Abend angelangtes Telegramm meldet, daß sämtliche Angeklagte des „Nürnberger Anzeigers“ im bekannten Prozeß „General Hartmann“, nämlich Redakteur G. Meyer, Mitredakteur Ronninger und Expedient Fr. Meyer vom mittelfränkischen Schwurgericht freigesprochen wurden. Bei der rein patriotischen Tendenz der angeschuldigten Zeitungs-Correspondenz, sowie bei dem bewährten Rechtsinn der Geschworenen Mittelfrankens ließ sich wohl kein anderer Ausgang voraussehen. Diese Richter aus dem Volke und für das Volk haben ihre hohe Aufgabe vollkommen begriffen; indem sie den „Nürnberger Anzeiger“ freisprachen, verurtheilten sie einen Scheinkrieg, durch welchen eine großmannesfüchtige, achselträgerische Politik viele hundert Landeskinde nuz- und ruhmlos an die Schlachtbank geliefert hat. Ehre diesen Geschworenen!“

(Unsere Lesern wollen wir zur Erläuterung der obigen Mit-

\*) Wo steckt eigentlich der Unterschied? Wir haben ihn noch nicht zu entdecken vermocht. Großdeutsch d. i. ganzdeutsch ist die gesammte Volkspartei, und demokratisch ist sie ditto — also wozu diese Trennung in den Namen, die nicht in den Prinzipien besteht?

theilung bemerken, daß der „Nürnberger Anzeiger“ in einer Reihe von Artikeln den genannten General Hartmann wegen des Gefechts bei Kissingen, wie jenes ganzen Feldzugs der Baiern gegen Preußen im Jahre 1866, des Landesverrats bezüchtigt und behauptet hatte, daß Hartmann den Tod der vielen Gefallenen und das Unglück tausender von Familien verschuldet habe. Das Urtheil der Geschwornen hat dem „Nürnberger Anzeiger“ Recht gegeben und den General Hartmann verurtheilt.)

Man meldet uns, daß in Essen, Elberfeld, Hamburg und Berlin Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verhaftet und Andere vor den Untersuchungsrichter geladen sind. Freie Kost und Wohnung im Gefängniß, das ist die Staatshilfe des heutigen Preußen für ehrliche Arbeiter.

Der Wiener Arbeiterbildungsverein hat für nächstes Jahr eine Allgemeine österreichische Arbeiter-Industrieausstellung veranstaltet und damit sich eines Gedankens bemächtigt, welcher bisher nur von der Bourgeoisie zu Spielereien mit der Arbeiterfrage mißbraucht worden war. Näheres in der nächsten Nummer.

Die Abgeordneten Dr. Becker und Börsel haben dem preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag auf ein Gesetz vorgelegt, welches bestimmt, daß die Eisenbahnverwaltungen nicht befugt sind, die gesetzlichen Bestimmungen, betreffend die Entschädigung der bei Eisenbahnunfällen beschädigten Beamten und andern Personen durch Reglements oder Verträge außer Kraft zu setzen. Nicht nur bei der Köln-Mindener Bahn, sondern auch bei andern Bahnen werden nämlich seitens der Direktion Abkommen mit allen Angestellten der Bahn abgeschlossen, in welchen die Letzteren auf die ihnen gesetzlich zustehenden Entschädigungen bei solchen Unfällen im Voraus verzichten müssen, und dadurch, wenn sie von einem Unglück betroffen werden, in Noth und Elend kommen. „In dieser Thatsache, sagt die Berliner „Zukunft“, enthüllt sich ein Abgrund von Herzlosigkeit und sittlicher Verworfenheit, gegen den alle Schauer geschichten aus englischen Fabriken zurückstehen. Klingt nicht aus diesen mit Blut und Hirn und Knochenplittern besetzten Dividendenthalern ein Refrain, wie jenes: „Trink aus ihm, wer fürder will!“, das Thomas Hood in seinem erschütterndsten Liede\*) dem Flusse zuruft, in dem die Selbstmörderin versunken?“

Aus Paris schreibt man unterm 17. Dezember: „Die Cooperativgesellschaften Frankreichs haben einen schweren Schlag erfahren, um so schwerer, je unvorhoffter und unerwarteter er kam. Die Gesellschaft für den Arbeitskredit (Beluze u. C.) hat sich nach dem Beschluß der Generalversammlung am letzten Mittwoch aufgelöst. Der Fall dieser Genossenschaftsbank ist ein trauriges Ereigniß für die Cooperativbewegung in ganz Frankreich. Der „Arbeitskredit“ war die Vorschuß- und Discountobank für den größten Theil der Arbeitergenossenschaften, die in Paris seit vier bis fünf Jahren gegründet waren. Es war die Bank für Depositen und Concurrente einer großen Anzahl von Spar- und gegenseitigen Kreditvereinen; der Arbeitskredit leistete ferner Vorschüsse und escomptirte den einzelnen Mitgliedern von Cooperativ-Gesellschaften oder einzelnen Gruppen derselben, und endlich bestand das Kapital des Arbeitskredits hauptsächlich aus den Einlagen

\*) Dem berühmten „Lied vom Hemd“ das wir in einer unserer nächsten Nummern mittheilen werden.

kleiner Leute, die ihre Ersparnisse im Glauben an das Genossenschaftswesen hingegeben hatten. Die Depositäre sind jetzt in Gefahr, einen beträchtlichen Theil ihrer Einschüsse zu verlieren und den Rest erst in längeren Zahlungsfristen zurückzuerhalten. Die Theilhaber (ganze Genossenschaften, einzelne Gruppen wie einzelne Mitglieder) sind plötzlich einer Hilfsquelle beraubt, die für einzelne derselben eine Lebensfrage war. Am traurigsten, sagt der neuerdings zu sozialistischen Ideen bekehrte Rationalökonom J. C. Horn in einem Artikel des „Avenir national“, sind die moralischen Folgen dieses plötzlichen Falles. Gleich beim Entstehen der Cooperativbewegung in Frankreich im Jahre 1863 gegründet, wurde der „Arbeitskredit“ gewissermaßen der Heerd, welcher der Bewegung Nahrung gab. Der größte Theil cooperativer Unternehmungen, die während des Zeitraums von fünf Jahren theils ausgeführt, theils projectirt sind, wurde von der Gesellschaft für den Arbeitskredit beschloffen oder erhielt von ihr den ersten Entwurf. Durch Vermittelung der Gesellschaft für den Arbeitskredit unterhielten die Pariser Cooperativgesellschaften regelmäßige Beziehungen mit den Cooperativgesellschaften in den Provinzen und im Auslande.

Das Unglück, welches diese Volksbank betroffen, meint Horn wäre bei gehöriger Deffentlichkeit des Geschäftsverfahrens unmöglich gewesen. Der Verwaltungsrath theilte zwar allmonatlich regelmäßig den Journalen eine Uebersicht der Geschäftslage mit. Alle sechs Monate wurde der Generalversammlung der Mitglieder ein Rechenschaftsbericht gegeben und letzteren sogar zugestellt. Leider aber — und dies mögen auch die deutschen Genossenschaften sich gesagt sein lassen — ahmte die Volksbank in der Aufstellung dieser monatlichen Uebersichten und halbjährlichen Rechenschaftsberichten zu sehr den finanziellen Instituten anderer Art nach. Die Sprache, hat ein berühmter Staatsmann gesagt, ist dem Menschen gegeben, um selbste Gedanken zu verbergen. In der Finanz-Wissenschaft scheint die Kunst, die Zahlen zu gruppieren, darin zu bestehen, daß man die Aktionäre und das Publikum in der Weise unterrichtet, daß sie niemals klar sehen können. Sicherlich ohne böse Absicht, aber einerseits in Folge gewohnheitsmäßiger Routine, anderseits in Folge übel angebrachter Klugheit ist diese Art, die Deffentlichkeit zu verstehen und zu üben, auch in die cooperative Welt eingeführt worden und man sieht jetzt, wohin das geführt hat. Schwerlich fährt Horn weiter fort, wäre dies Unglück, welches mit einem Schlage mindestens 200,000 Frs. cooperative Ersparnisse zerstört, eingetreten, wenn die Mitglieder stets über die wahre Geschäftslage des Arbeitskredits im Klaren gewesen wären. Man würde haben vorbauen und helfen können. So aber ahnten nur wenig Personen bis zum letzten Augenblick die Schwierigkeiten, mit denen der Arbeitskredit kämpfte und die eine so traurige Katastrophe herbeigeführt haben. Dies ist nach den Ausführungen Horns jedoch nur die äußere Ursache des Uebels. Was die Ursache des Bankrotts gewesen ist, läßt der Artikel Horns nicht erkennen. Er rath nur, ihr ehrlich und mit Ernst nachzuspüren und hofft, daß dadurch der Wiederkehr des Uebels vorgebeugt und die Wiederholung ähnlicher Katastrophen anderswo vermieden werde. (Der Fall des „Arbeitskredits“ ist ein neuer Beweis dafür, daß die ökonomische Selbsthilfe sich im Großen nicht durchführen läßt, und bloß als Uebungsschule zu betrachten ist.)

### Eine Parteipflicht.

Die „Zukunft“ erscheint vom 1. Januar an 1 Mal täglich, zum Preis von 1½ Thlr. vierteljährlich. Wir fordern alle Freunde und Parteigenossen auf, nachdrücklich für Verbreitung dieses Blatts thätig zu sein, das für den Zusammen-

halt und die Organisation der deutschen Demokratie unentbehrlich ist.

### An die Arbeiter Deutschlands!

Folgender Aufruf ist uns zugegangen. Möge er einen Widerhall finden im Herzen jedes deutschen Arbeiters! Was die Internationale Arbeiter-Assoziation betrifft, so hat die Majorität der auf dem Nürnberger Arbeitertage vertretenen Vereine sich bekanntlich für den Anschluß erklärt. Der förmliche Eintritt ist erst möglich, wenn unsere jetzigen Vereinsgesetze, gegen die wir mit aller Macht zu kämpfen haben, beseitigt sind:

Arbeiter! Brüder!

In dem Augenblicke, wo ihr im Norden und Süden thätig seid mit Organisation von Gewerks-Genossenschaften (Trades' Unions) wollen auch wir nicht versäumen, Euch einige Worte als Anfeuerung und Beweise der Sympathie zuzurufen!

Wir begrüßen jenes Ereigniß, weil wir daraus sehen, daß unsere Brüder im Vaterlande sich ihrer Lage bewußt sind und verstehen, ihren Feinden die Spitze zu bieten. Nur auf dem Wege der Vereinigung einzelner Gewerke ist es möglich, die sozialen Leiden in ihren innersten Keimen aufzusuchen und ihnen entgegen zu wirken. Nur auf diese Weise ist die Arbeit in der That vertreten und organisiert, und werden die Arbeiter fähig sein, der Brutalität des Kapitals einen physischen, sowie moralischen Widerstand zu leisten. Nur durch eine Massen-Vereinigung und gemeinsames Handeln wird es Euch gelingen, den Einzelkämpfen ein Ende zu machen, Eure Rechte zu wahren, und solltet ihr gezwungen sein Opfer zu bringen, zu dem Außersten — zu der Arbeitseinstellung zu greifen, so kann Euch der Sieg nicht ausbleiben.

Drum Ihr Brüder in Süd und Nord! die Ihr alle wie wir von dem Kapital zur Ausbeutung erforen seid, die Ihr alle in gleichem Maße unter den Ungerechtigkeiten der heutigen Gesellschaft leidet! Sehet, wie die Interessen der Arbeiter weder an der Mainlinie, noch an den Thoren Oesterreichs, noch sonst wo verschiedene sind! Vereinigt Euch zu einem großen Gesamtbunde, der das ganze Vaterland umfaßt, damit Eure Mühen nicht fruchtlos sind! Nehmt Theil an der Bewegung, die jetzt dort an allen Orten um sich greift, die nicht auf den Wege des Sparens nur das Wohl einer ganz geringen Anzahl unter Euch zu fördern sucht, sondern die den wirklich humanen Zweck hat: Allen, auch der ungeheuren Mehrzahl Schutz und Hülfe zu gewähren, deren Lohn auf ein solches Minimum herabgeschraubt ist, daß sie nicht mehr im Stande zu sparen. Sehet hierher zu uns nach England! hier, wo die Industrie am höchsten entwickelt ist und sich Kapital und Arbeit am schroffsten gegenüberstehen, wo die arbeitende Klasse am meisten ausgebeutet, das Proletariat am zahlreichsten und seine Lage die elendeste ist! Sehet hierher, wo die Arbeiter durch eine Organisation, wie Ihr sie jetzt in Deutschland anstrebt, von ihrer Macht Gebrauch zu machen gelernt haben.

Ganz dieselben Verhältnisse erwarten auch Euch, sobald das Kapital auf seinem Weg aus den Händen der produzierenden Klasse in die Hände der Besitzenden denselben Höhepunkt der Entwicklung erreicht haben wird, wie hier in England.

Fahrt deshalb fort in Eurem vortrefflichen Werke, macht Euch die kostspieligen Erfahrungen, die die englischen Trades' Unions anfangs machen mußten zu Nutzen, so werdet Ihr Euch manche Niederlage vermeiden\*). Vor allem rufen wir

\*) Es wäre zu wünschen, daß Diejenigen, die kürzlich die deutschen Arbeiter über englische Trades' Unions unterrichten wollten,

Eich zu: „Seid einmütig in Eurem Handeln und Ihr werdet Euch ein Bollwerk gegen die Ausbeutung schaffen.“

Arbeiter, Brüder! Wir halten es für unsere Pflicht, Euch an's Herz zu legen, daß das Errichten von Trades' Unions die Arbeiter-Klassen noch nicht zu befreien vermag, daß noch Viel zu thun übrig bleibt.

Habt Ihr Euch zu Hause organisiert, so zögert nicht das Werk der Vereinigung zu ergänzen! Die soziale Frage, wir wiederholen es, ist die gleiche in allen Ländern, sie ist nicht national, sondern international! Sollte heute ein Krieg über Euch oder Eure Nachbarländer hereinbrechen, so sind Eure Mühen vergeblich gewesen, und deren Früchte zerstört. Wenn aber die Internationale Arbeiter-Association, zu der wir Euch auffordern beizutreten, noch einige Zeit im bisherigen Maße an Verbreitung gewinnt, so wird es dann unmöglich sein, die Arbeiter der verschiedenen Nationen im Kampfe für die Dynastien gegen einander zu heßen. Nehmt Euch ein Beispiel an Frankreich, wo trotz der beschränkenden Vereinsgesetze und gemäßigten Versammlungsrechte, unsere Internationale Association durch mehr als 60 Städte und selbst durch Landgemeinden vertreten ist.

Reicht uns die Hand zu diesem Völker-Trug- und Schutz-Bündniß! Versäumt nicht, Euren jüngst gebildeten Gewerks-Genossenschaften diese gewaltige Stütze zu bringen! Lasset uns gemeinschaftlich den gemeinsamen Feind bekämpfen, und hochheben das Banner der Gerechtigkeit! Wohl haben wir Arbeiter keine Geldmittel, kein Kapital, doch wir haben die große Masse für uns, und wenn diese ihrer Macht bewußt ist, so muß an ihr jede andere Macht der Welt zerschellen.

Mit Brudergruß.

Im Namen des Arbeiter-Bildungs-Vereins, vom deutschen Zweig der Internationalen Arbeiter-Association.

Charles-Hotel, 71. Dean Street, Soho Square W.

R. Speyer.

### Die Arbeiterbewegung in Wien.

Wien im Dezember.

Selten ist wohl ein bedeutungsvolles Ereigniß mit größerer Ueberraschung und mit mehr Erstaunen aufgenommen worden, als die seit dem Anfange dieses Jahres in immer gewaltigeren Dimensionen sich entwickelnde Arbeiterbewegung in Wien. Und doch war das Hervortreten dieser Bewegung in der österreichischen Hauptstadt nur die consequente Folge von Ereignissen, welche die fortschreitende Entwicklung der sozialen und insbesondere der industriellen Verhältnisse nothwendig gemacht hatte.

Der österreichische Kaiserstaat, ehemals innig verknüpft mit dem deutschen Reiche, mußte bis zum Jahr 1866 wo noch keine seiner Nationen befriedigt war, seinem ganzen Wesen wie seinem Regierungssysteme nach einen reaktionären Einfluß auf die Culturentwicklung Europa's üben. Nichtsdestoweniger war Wien die Stadt, auf welche schon 1848, in jenem Jahre, wo die Morgenröthe einer neuen Zeit anbrach, die europäische Demokratie ihre bewundernden Blicke richtete. Es war Wien, wo damals mit einer Ausdauer gekämpft wurde, wie in keiner anderen deutschen Stadt und von der zu jener Zeit Freiligrath sang:

erst hierher kämen, um von deren Organisation zu lernen! (Falls Herr Max Hirsch gegen den diese Bemerkung sich richtet, genöthigt sein sollte, nochmals nach England zu gehen, machen wir uns anbeisichtig, ihn dort mit den Führern der englischen Trades' Unions zusammen zu bringen, die ihm binnen weniger Stunden den Beweis geliefert haben werden, daß seine Zeitungsartikel und Vorträge über die englischen Trades' Unions von kraßester Unwissenheit oder von schamlosester Verachtung der Wahrheit zeugen. A. d. R.)

„Wenn wir noch knien könnten, wir knieten für Wien.  
Wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien.“

Durch die Ereignisse des Jahres 1866 wurde das reaktionäre Oesterreich, um sich als selbstständiger Staat behaupten zu können, genöthigt, sich mit seinen Völkern zu verständigen und ihnen freiheitliche Rechte zuzusichern. Mit den Staatsgrundgesetzen erhielt Oesterreich auch ein Vereins- und Versammlungsrecht, und da Wien nach der Lage der politischen Verhältnisse der Sammelplatz und Vorort der deutschen Demokratie werden mußte, so war vorauszu sehen, wie sich das hiesige politische und soziale Vereinsleben gestalten werde.

Es waren die Arbeiter, welche in Wien zuerst von dem Vereins- und Versammlungsrecht den umfassendsten Gebrauch machten, weil ihnen schon bei ihrer gedrückten Lage und ihrer politisch rechtlosen Stellung in der Gesellschaft das Interesse, jene Triebfeder aller Thätigkeit und folglich auch aller großen politischen Bewegungen, gebieten mußte, nach besseren Zuständen zu ringen.

Schon im Oktober 1866 hatten mehrere Arbeiter, unter ihnen auch der Metalldrucker Josef Carl Mühlhauser den Entschluß gefaßt, einen Arbeiter-Bildungs-Verein nach Art der in Deutschland bestehenden zu gründen. Mitte Dezember desselben Jahres überreichten sie der Statthalterei die Statuten und vereinigten sich Anfangs 1867 mit einer zu demselben Zwecke zusammengetretenen Arbeitergesellschaft zu einem Gründungscomité. Demselben traten auch wenige Monate später die Herren Hartung, Oberwinder und Ernst Becker bei. Nachdem die vielen Schwierigkeiten, welche die Behörde der Gründung des Vereins in den Weg gelegt hatten, beseitigt waren, erfolgte im November vorigen Jahres die Genehmigung des Vereins, welche die Behörde nunmehr um so weniger verhindern konnte, als bald darauf das Vereins- und Versammlungsrecht, ins Leben trat. Den sozialdemokratischen Elementen, welche bereits im Gründungscomité vertreten waren, hatte sich bis dahin keinerlei Gelegenheit geboten, für ihre Grundsätze Propaganda zu machen, aber noch ehe die Constituierung des Vereins erfolgte, fand der erste Wiener Arbeitertag (2. Dezember) statt, dessen Verlauf die Sozialdemokraten nöthigte, ihren Gesinnungen öffentlich Ausdruck zu geben.

Während bereits die Vorbereitungen zur Organisation des Arbeiter-Bildungs-Vereins getroffen wurden, hatte eine jener Persönlichkeiten, deren Ehrgeiz ebenso grenzenlos ist, als ihre Unfähigkeit, den Plan gefaßt, einen Centralverein für die arbeitende Klasse Oesterreichs zu gründen. Zu diesem Zwecke wurde ein Arbeitertag einberufen, welcher am 1. Dezember im „Univerfum“ stattfand, und zu dem sich nahe an tausend Personen eingefunden. Herr Engelbert Kessler eröffnete die Versammlung mit einigen unklaren Redensarten über die Prinzipien der genossenschaftlichen Selbsthilfe, welche dem zu gründenden Vereine als Grundlage dienen sollten. Hiermit begnügte sich Herr Kessler jedoch nicht. Er glaubte das Lob eines Mannes verkünden zu müssen, den zwar die Presse stets als einen Mann des Volkes und der Wissenschaft dargestellt hatte, der aber bereits bei einem großen Theil der Wiener Arbeiter in entschiedenem Mißkredit gekommen war.

Dieser Mann war Schulze aus Delitzsch. Trotz der Mißstimmung der Wiener Arbeiter gegen Herrn Schulze, eine Mißstimmung, die für alle jene, welche den Untergrund der Dinge kennen, nicht erst einer näheren Erklärung bedarf, wurde von Herrn Engelbert Kessler und einigen anderen Anhängern Schulze's mit diesem Manne ein ungebührlicher Cultus getrieben, der für alle in die Einzelheiten der deutschen Arbeiterbewegung Eingeweihten geradezu lächerlich, für die minder Eingeweihten zum mindesten bedenklich war. Dieser Cultus ging so weit, daß

man sogar auf Antrag des Herrn Engelbert Kessler ein Begrüßungstelegramm an Schulze-Delitzsch sandte, ein Vorgehen, das, wie gesagt, einen großen Theil der Arbeiter auf das Empfindlichste verletzte. Schließlich wurde ein Comité ernannt, welches die Vorbereitungen zur Gründung des Vereins treffen und demnächst einen zweiten Arbeitertag einberufen sollte. Zu diesem Comité gehörte selbstverständlich auch Herr Kessler.

Welche Wirkung diese Vorgänge auf die sozialdemokratischen Arbeiter und insbesondere auf das Gründungscomité des Arbeiter-Bildungsvereins ausüben mußten, läßt sich leicht errathen. Schon am Abend des folgenden Tages wurde die Huldigung für Schulze in einer Sitzung des Gründungscomités lebhaft erörtert, und hauptsächlich waren es jene Sozialdemokraten, die bereits in Deutschland unter der Führung der Partei Lassalle's für die Verbreitung sozialistischer Grundsätze gewirkt hatten, welche in dieser Sitzung erklärten, daß man dem auf die Irreführung der Arbeiter hinielenden Treiben entschieden entgegenzutreten müsse.

Der Name Lassalle wäre wohl weit weniger in der Wiener Arbeiterbewegung genannt worden, hätte man nicht einem Manne geschmeichelt, der bei dem Kampfe gegen Lassalle am meisten betheiligte und vollständig unterlegen war.

Der Tag der Constituierung des Arbeiter-Bildungs-Vereins wurde nun auf den folgenden Sonntag nach dem Arbeitertage (8. Dezember 1867) festgesetzt und als Versammlungsort die Saal „zum blauen Bock“ in der Mariabilfer Straße bestimmt. Die Arbeiter fanden sich auch an dem genannten Tage in so großer Anzahl ein, daß schon lange vor Eröffnung der Versammlung der Saal überfüllt war, und selbst in den Hofräumen bis auf die Straße hinaus die Massen dicht gedrängt an einander standen. Mühlhauser eröffnete die Versammlung, und nachdem die Statuten des Vereins vorgelesen worden waren, nahm Hartung das Wort. Er hielt jedoch nicht lange gesprochen, als die bei dem außerordentlichen Zudrange von Menschen ohnehin herrschende Unruhe durch einen gemachten Tumult am Ende des Saales gesteigert wurde, was die Vertagung der Versammlung nothwendig machte.

Doch hatte schon an diesem Tage Hartung's Rednerart allgemeines Aufsehen erregt und man durfte erwarten, daß er der Richtung, welche er vertreten werde, nicht an Anhängern fehlen könnte.

An demselben Abend trat auch der Buchdruckergehilfe Groß, den wir später als einen der entschiedensten Parteimänner auftreten sehen werden, dem Gründungscomité des Arbeiter-Bildungs-Vereins bei. Groß war auch einer von denen, welche wie Hartung und der stille, aber stets rührige Buchdruckergehilfe Pabst durch die Verbreitung sozialistischer Schriften viele Arbeiter Wiens mit den Prinzipien der Sozialdemokratie vertraut gemacht hatten.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus England.

(Schluß.)

London, den 14. Dezember.

Die Zeitungen sind gefüllt mit Betrachtungen über den Charakter des neuen Ministeriums und mit Vermuthungen, wie sich die drei großen Männer Gladstone, Robert Lowe und John Bright vertragen werden. Die Conservativen reiben Gladstone und Bright unter die Nase, wie Robert Lowe seinen Ruf dadurch erworben, daß er die Prinzipien seiner gegenwärtigen Collegen lächerlich gemacht und

ihre Glaubenssätze bekämpft hat. Vor zwei Jahren hatte Robert Lowe so viel Entrüstung durch seine Bemerkungen über die Wahlreform erregt, daß John Bright den Arbeitern rieth, gewisse Zeilen seiner Reden als Plakate drucken zu lassen und sie zum Andenken an seine Verleumdungen in den Werkstätten anzukleben. Die unanständigen Ausdrücke, deren er sich über „die Hefe des Volks“ bediente, abgerechnet, waren seine Reden die besten, welche 1866 über die Wahlreform gehalten wurden. Im Gegensatz zur ministeriellen Partei behauptete er, daß die Erweiterung des Wahlrecht abwärts keine einfache Veränderung oder Verbesserung, sondern eine Revolution sei, die den Schwerpunkt der gesetzgebenden Macht von der besitzenden in die nicht besitzende Klasse verlege. Wird eine solche Erweiterung des Wahlrechts durchgeführt, sagte er, so werden die Arbeiter, die in ihren Trades' Unions (Gewerkschaften) eine dem bürgerlichen Besitz feindliche Organisation haben, sich künftig dieser Organisation bedienen, um auf die Staatsmacht einzuwirken — sie werden die Staatsmacht benutzen, ihre Grundsätze auf gesetzlichem Wege durchzuführen. Von einem Mitarbeiter der „Times“, was Lowe bekanntlich ist, stand nicht zu erwarten, daß er im Parlament andere Ansichten aussprechen sollte, als damals die „Times“ fast jeden Tag vorbrachte. Seitdem das erweiterte Wahlrecht zum Gesetz geworden, hat sich Lowe das Vertrauen der Radikalen erworben, besonders in Betreff der Staatsausgaben. „In einem Punkte“, heißt es in den „Daily News“ (liberales Bourgeoisblatt), „stimmen Gladstone, Lowe und Bright herzlich überein. Sie sind heftige Verteidiger der Sparsamkeit. Bei Gladstone und Bright ist die Liebe zur Sparsamkeit eine moralische Begeisterung, bei Lowe der Haß der Verschwendung eine Leidenschaft des Verstandes“ (!). Vorigen Donnerstag sagte Robert Lowe bei Gelegenheit des Jahresfestes der Londoner Fischhändler-Corporation zu den versammelten Fischhändlern, daß er Alles thun werde, was sie nur wünschen könnten, um die Steuerlast zu vermindern. Es ist daher Aussicht vorhanden, daß die längst von der Manchester Schule (liberalen Bourgeoisie) verlangte Sparsamkeit im Staatshaushalt wenigstens theilweise durchgesetzt wird. Vor 18 Jahren schon, als sich die jährlichen Staatsausgaben noch nicht auf 60,000,000 Pfd. Sterl. (400 Mill. Thlr.) belaufen, verlangte Richard Cobden eine Verminderung von 10,000,000 Pfd. Sterl. John Bright in seiner Bescheidenheit verlangt heute ebenfalls nur 10,000,000 Pfd. St. von mehr als 70,000,000 Pfd. St. Er will den „Thee- und Kaffeetisch“ steuerfrei haben. Die Steuern auf Zucker, Thee, Kaffee, Getreide, getrocknete Früchte u. s. w. belaufen sich jährlich auf mehr als 10,000,000 Pfd. St., ihre Abschaffung soll durch eine Verminderung der Staatsausgaben zu demselben Betrage möglich gemacht werden. Armee und Marine sollen vor Allem dem Verminderungsprozeß unterworfen werden. Die Blutzettel des Budgets werden bereits ängstlich, sie fürchten, daß das System der kapitalistischen Geschäftsführung in dem Staatshaushalt eingeführt werde. So wünschenswerth und nothwendig aber es auch sein mag, indirekte Steuern abzuschaffen und die Staatsausgaben zu beschränken, so einsältig ist es, mit den Finanzreformern zu glauben, daß dergleichen Reformen eine Hebung der Lage der arbeitenden Bevölkerung im Ganzen genommen zur Folge haben werden. Würden die 10,000,000 Pfd. St. Steuern ausschließlich von den 12,000,000 Handarbeitern des Königreichs bezahlt, so würde deren Abschaffung nicht einen Silbergroschen die Woche Erleichterung verschaffen. Dennoch giebt es Leute, die uns weis zu machen suchen, daß durch die Abschaffung der indirekten Steuern der Pauperismus selbst aufgehoben werden könnte. Der „Financial Reformer“ vom

November sagt: „Die indirekte Besteuerung schafft Pauperismus und Verbrechen, sie füllt die Workhäuser (Armenhäuser) und Gefängnisse. Mit wirklich freiem Handel würde hinreichend und anständig belohnte Beschäftigung sein für alle erwachsene Menschen.“ Daß Armuth und Verbrechen sich während der letzten 18 Jahre bei unvergleichlicher Erweiterung und Vergrößerung des Handels und der Industrie gleichzeitig vermehrt haben, lassen die Herren außer Acht.

Die Schutz-Gesellschaft der Arbeiterinnen von New-York hatte während des letzten Monats 1468 Gesuche um Arbeit, wovon nur 278 entsprochen werden konnte.

Die Pianoforte-Fabrikanten von New-York haben beschlossen, keinen Arbeiter zu beschäftigen, der einer Gewerkschaft angehört. In Folge dessen haben 700 Arbeiter die Arbeit eingestellt, bis jener Beschluß widerrufen wird. Sechs Fabrikanten haben bereits nachgegeben und eine Lohn-erhöhung bewilligt.

Die Cigarrenmacher von New-York haben eine Lohn-erhöhung von einem Dollar pro Tausend bis zum 1. Januar und von da an zwei Dollar durchgesetzt. Sie verdienen jetzt 16—20 statt wie früher 14—17 Dollars die Woche — mehr als das Doppelte der Londoner Cigarrenmacher (und das Vierfache der Deutschen!).

Der Durchschnittslohn der Wollen- und Baumwollen-Fabrik-Arbeiter, Männer, Weiber und Kinder, in Massachusetts ist 6 Dollars die Woche. (Der Dollar ist = 1 Thlr. 10 Ngr.)

## Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

**Reichenberg in Böhmen.** Es wird ihnen bekannt sein, daß hier seit fünf Jahren ein Verein besteht, welcher von Arbeitern gegründet wurde unter dem Namen Arbeiterverein; die k. k. böhmische Statthalterei verwandelte jedoch diesen Namen in „Industrieller Bildungsverein“, damit auch die Arbeitgeber ihr Plätzchen darin finden konnten, um die Arbeiter in ihrem Interesse zu leiten. Da aber das jetzige Gesetz über Vereins- und Versammlungsrecht mehr Freiheit gewährt, so fühlen wir uns veranlaßt eine Statutenänderung vorzunehmen, und hat sich zu diesem Behufe ein sozial-demokratischer Club im „Industriellen Bildungsverein“ konstituiert, um den genannten Verein in einen sozial-demokratischen Arbeiterverein umzuwandeln und dann auch mit andern Vereinen in Verbindung zu treten. Sollte es nicht gelingen unsern Entwurf im Verein durchzubringen, so sind wir entschlossen einen neuen Verein zu gründen, denn wir dürfen hoffen, daß ein großer Theil der Arbeiter auf unserer Seite steht.

**Spillingen.** In der letzten Versammlung des Arbeiter-Bildungs-Vereins wurde hauptsächlich über die Gewerkschaften verhandelt und beschlossen den Vorort um Uebersendung von 300 seiner Musterstatuten zu ersuchen, die in allen hiesigen Fabriken vertheilt werden sollen. Eine allgemeine Arbeiterversammlung soll dann in Kürze abgehalten werden, um die weiteren Schritte zu berathen. Wir hoffen hier guten Boden zu finden.

**Nürnberg.** Die Schuhmacher haben sich hier zusammen gethan, um über die Gründung einer Gewerkschaft zu berathen. Ebenso traten die Zimmergesellen in voriger Woche zu einem Verein zusammen, derselbe zählt schon über 100 Mann. Heute veröffentlicht ferner ein Comité eine Einladung für: Rothgerber, Kupferschmiede, Hutmacher, Kaminseger, Seifensieder und Tuschscheerer auf Samstag den 19. ds. Mts., Abends im goldnen Lamm, zu einer Besprechung in derselben Angelegenheit. — Würzburg beantragte die

Einberufung eines bairischen Arbeitertages bezüglich der Agitation für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. — Zum Vorstand des („Arbeiterbundes“) ist Kaufmann Stark gewählt an Stelle Rögner's.

**Dresden.** Am 17. d. M. wurde hier eine Versammlung der Mitglieder der Zimmergesellen-Verpflückungskasse abgehalten. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Abänderung des Krankenassenstatuts auf Grund der neuen Gewerbegefehnovelle vom 23. Juni und der Ausführungsverordnung vom 15. Oktober d. J. im Sinne der vollsten Selbstverwaltung. Eine gänzliche Umgestaltung des Statuts wurde indeß nicht vorgenommen, weil uns immer der Gedanke vorschwebte, daß in 1—2 Jahren die Gewerks-Genossenschaften in besserer Blüthe stehen, wo denn doch Manches noch zu ändern sein möchte, was zu den neuen Verhältnissen nicht mehr paßt. So haben wir z. B. die Wanderunterstützungskasse, die Haltung einer eigenen Herberge trotz der Opposition noch so lange beizubehalten beschlossen, bis dazu eine eigne Kasse gegründet, überhaupt die Sache von der Gewerks-Genossenschaft in die Hand genommen wird. Den zweiten Theil der Tagesordnung bildete die Frage der Gewerks-Genossenschaft, den dritten die Besichtigung der Braunschweiger Versammlung, welche von den Berliner Zimmergesellen zur Gründung einer Gewerks-Genossenschaft im Sinne des Schweizer'schen Statuts für Ende dieses Monats einberufen ist. Herr Kobisch, Vorsitzender des Deputirtenvereins, referirte und befürwortete das Musterstatut des Vororts. Ein früherer Bevollmächtigter des Lassalle'schen Vereins bekämpfte dieses eifrig und rief zum Anschluß an den allgemeinen deutschen Zimmergesellen-Verein, der in Berlin gegründet worden sei. Er meinte, wenn die Arbeiter einig seien, könnten sie Herrn Schweizer das Präsidium entreißen. Herr Kobisch antwortete, das sei wohl nicht möglich, denn man habe nur Gleichgesinnte und Herrn Schweizer unbedingt ergebene Leute zu Genossenschafts-Präsidenten, Bevollmächtigten u. s. w. gemacht und Mißliebige würden bald entfernt sein. Von anderer Seite wurde die Besichtigung der Versammlung befürwortet, um Opposition zu machen. Da ergriff Herr Becke das Wort, verlas den Ausruf und die 2 ersten Paragraphen des Vorortstatuts und verglich sie mit der Schweizer'schen Vorlage. Seine Kritik schlug durch, und die von ihm eingebrachte Resolution wurde nahezu einstimmig angenommen. Sie lautet: „Die Versammlung beschließt, bei Gründung einer Zimmergewerks-Genossenschaft für Dresden und Umgegend das Statut des Vororts deutscher Arbeitervereine anzunehmen und demzufolge von der Besichtigung der Braunschweiger Versammlung zur Gründung eines allgemeinen deutschen Zimmerervereins abzusehen.“

Um das Interesse für die Gewerks-Genossenschaften lebendiger zu machen, wurde noch in kleineren Kreise verabredet, in kürzester Zeit eine Arbeiterversammlung einzuberufen, bei der wir auf die Unterstützung eines unserer Leipziger Freunde rechnen. — Für die Schweizer'schen Arbeiterschaften ist das Interesse sehr gering, so zählen die Schuhmacher in ihrer Arbeiterschaft, trotz der persönlichen Agitation des Herrn Schumann aus Berlin nur 18 Mann.

**Mittweida.** Unser Arbeiterverein würde sich schon dem Verbands deutscher Arbeitervereine angeschlossen haben, wenn er nicht noch zu viel mit Regelung innerer Angelegenheiten beschäftigt wäre. Bis Anfang nächsten Jahres wird wohl Ordnung geschaffen sein und dann dürfen Sie auf unsern Anschluß sicher rechnen. Der „Arbeiterbund“ hat zwar auch schon hier durch Pils (Frankenberg), Knorr und Genossen aus

Chemnitz agitirt, die haben aber dem größten Theil der Arbeiter nicht gefallen, sie sind der Mehrzahl zu wenig demokratisch. Man hört übrigens nichts mehr vom Arbeiterbund, wahrscheinlich geht er zu Grabe. (Ja)

**Leipzig.** Vorige Woche hatten die hiesigen Lassalleaner in den Wiener Saal eine allgemeine Arbeiterversammlung einberufen, in der Hr. Frischi aus Berlin über die Folge des Berliner Arbeiterkongresses und den Schweizer'schen Gesetzentwurf „zum Schutz der Arbeiter gegen das Kapital“ Bericht erstatten sollte. Herr Frischi hatte aber in letzter Stunde telegraphisch absagen lassen müssen, da er durch eine Gerichtsverhandlung in Berlin zurückgehalten wurde. Die Versammlung war schwach, von 350—400 Mann, besucht. Die Herren Seyferth, Bebold, Schwarzer und Andere suchten die Resultate des Berliner Arbeiterkongresses in das beste Licht zu setzen, rühmten auch den Schweizer'schen Gesetzentwurf über alle Maßen und ließen es an hämischen Bemerkungen gegen die Vertreter der Volkspartei, welche den Gesetzentwurf im Reichstag nicht unterstützt hätten und zwar aus Haß gegen die preußische Regierung, nicht fehlen. Herr Werner nahm die nichtanwesenden Vertreter kräftig in Schutz, hob hervor, wie die Abgeordneten der Volkspartei den Gesetzentwurf deshalb nicht unterschrieben hätten, weil er darauf hinausliefe, der preußischen Regierung die Arbeiterbewegung in die Hände zu spielen. Auf seinem (Werner's) Antrag wurde denn auch beschlossen, die Bestimmung aufzunehmen, daß die nach jenem Gesetzentwurf zu ernennenden Fabrikinspektoren nicht durch die preußische Regierung, sondern durch die Arbeiter gewählt würden. Es wurden übrigens nur einige Paragraphen des Gesetzentwurfs verlesen; das hielt aber die Versammlung, die größtentheils aus Lassalleanern bestand, nicht ab, dem Entwurf ihre Zustimmung zu geben, auch erklärte man sich mit dem Vorgehen des Herrn Schweizer und dem Berliner Arbeitercongreß einverstanden. Bebel, der Anfangs in der Versammlung anwesend war, entfernte sich, als um halb neun Uhr die Versammlung noch nicht eröffnet war und er erfuhr, daß Herr Frischi nicht kommen könne.

(Den Schweizer'schen Entwurf anlangend, so können wir aus obigem Referat nicht erschen, ob es derselbe ist, den Herr Schweizer vor einem Jahr im Reichstag einbrachte. Ist das der Fall, dann wird er auch im nächsten Reichstag von den Vertretern der Volkspartei nicht unterstützt werden, wohl aber werden sie dann nachweisen, wie Herr v. Schweizer durch dieses Gesetz die Arbeiterbewegung der preußischen Regierung dienstbar zu machen sucht, und was es mit den in neuerer Zeit von seinem Blatt „Sozial-Demokrat“ so viel angewandten demokratischen Phrasen für eine Bewandniß hat.)

Der Unterzeichnete erklärt sich bereit, allen denjenigen Arbeiter- und Arbeiterbildungs-Vereinen Deutschlands und der Schweiz, welche ihn — unter Beilegung von 7 Sgr. = 24 fr. rhein. Postmarken für die Frankatur der einzelnen Nummern — darum angehen, den von ihm herausgegebenen

## Naturarzt,

Zeitschrift für volksthümliche Gesundheitspflege u. Heilweise, monatlich 2 Nummern à 1 bis 1½ Bogen, unentgeltlich und regelmäßig sofort nach Erscheinen zuzustellen.

Theodor Sahn,

Arzt und Besitzer der Heilanstalt „Auf der Waid“ bei St. Gallen, Schweiz.

## Selbsthilfe und Staatshilfe.

III.

(Schluß.)

Vassalle ist freilich nie ein Politiker gewesen; allein darum kann ihm nicht der Vorwurf erlassen werden, durch seine Unklarheit über denjenigen Staat, mit dessen Hilfe allein der Gedanke der Cooperativ-Genossenschaften in Segen bringender Weise verwirklicht werden kann, unter der Arbeiterklasse eine Verwirrung verursacht zu haben, welche die Lösung der sozialen Frage außerordentlich erschwert, verzögert und gefährdet. Wer sich an die Spitze der Bewegung stellt, der muß sich auch des Ziels vollkommen bewußt sein, dem sie entgegenzuleiten ist. Seine, Vassalle's Fußstapfen sind es, in welche wir gegenwärtig die konservative Partei in Preußen treten sehen, um sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen. Daß sie dabei nur ihr eigenes Interesse, nicht das Wohl der Arbeiter im Auge hat, — denn wie verträge sich gleiches Recht und gleiche Pflicht mit ihrer privilegierten Stellung im Staate? —, das bedarf jetzt wohl keines Beweises mehr.

Wohl fordern auch wir, d. h. die sozial-demokratische Partei, daß die Arbeiterklasse eine Macht werde, aber nicht eine rohe Macht, lediglich durch die Disziplin geschaffen, wie sie die stehenden Heere darstellen. Eine solche Macht, die nur ein Feldgeschrei und keine Idee hat, würde an die Stelle des gegenwärtigen fehlerhaften Staatsorganismus uns einen anderen setzen, der eben so unfähig wäre, den wahren Staatszweck, die Förderung der Wohlfahrt Aller, zu erfüllen. Nur die herrschende Klasse, nur der Namen des Despoten würde wechseln, das System dasselbe bleiben. Die soziale Frage ist eine Kulturfrage, nicht einer einzelnen Klasse, sondern der gesamten Menschheit. Das ist die Idee, von welcher die Organisation der arbeitenden Klasse auszugehen hat und ausgeht. Es handelt sich bei der Lösung der sozialen Frage nicht bloß darum, der arbeitenden Klasse den Ertrag ihrer Arbeit zuzuwenden, sondern ihr auch Bildung und Freiheit zu geben und auf diese Weise die Klassengegensätze versöhnend anzubeben, den Zwangs- und Polizeistaat in den freien Staat umzuwandeln. Nur der freie Staat, dessen Klassengegensätze in der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aufgehen, wird, indem er an die Stelle der kostspieligen und absolutistischen Beamten-Maschinerie die Selbstverwaltung setzt und die stehenden Heere beseitigt, die Mittel zu einer gediegenen Volkserziehung und Volksbildung besitzen und allein im Stande sein, ohne alle verderblichen Nebenzwecke die Idee der Cooperativ-Genossenschaft in ihrem ganzen Umfange auszuführen.

Staatshilfe vermag also nur der freie Staat zu gewähren. Ist gesagt worden, daß die Selbsthilfe zur Staatshilfe erweitert werden müsse, so können wir nun sagen: Staatshilfe ist Selbsthilfe — Selbsthilfe, die sich freie Bürger selbst leisten.

Wenn aber die soziale Frage nur in einem freien Staatswesen zu lösen ist, so folgt daraus, das die ihres Zieles sich bewußte Arbeiterklasse ihre ganze Thätigkeit darauf richten muß, den fehlerhaften Organismus des gegenwärtigen Staates zu verbessern und den Zwangsstaat in den freien Staat überzuführen.

## Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (5—7. September).

(Schluß.)

Liebkecht, als Berichterstatter über die Bechfrage, fort-fahrend:

Man wendet mir hier vielleicht ein: „das preussische Heer ist kein stehendes im eigentlichen Sinne des Wortes, durch die Landwehr erlangt es einen volkstümlichen Charakter und, erfüllt es auch nicht das Ideal der allgemeinen Volksbewaffnung, so kommt es ihm doch nah.“ Meine Herren! Eine schamlosere Lüge ist von den Falschmünnern des Berliner Pressbureau's und ihren Gothaer Sympisegesellen nie ausgeprägt und in Umlauf gesetzt worden, als die von dem preussischen „Volk in Waffen“, von der „allgemeinen Wehrhaftigkeit“ in Preußen. Es ist diese Lüge nur der anderen an die Seite zu stellen, daß Preußen, indem es Deutschland zerrissen, uns die Einheit verlihen habe. Die preussische Landwehr, welche „das Volk in Waffen“ war, die Landwehr, welche die französischen Grenadiere in die Kaspach warf, bei Leipzig die Macht des Corsischen Eroberers brach und bei Waterloo ihm den Todesstoß versetzte, nachdem sie zwei Tage vorher bei Ligny geschlagen worden — welches stehende Heer hätte Ähnliches geleistet? — diese Landwehr, die eine Volkswehr war, ist längst der reaktionären Politik des Hohenzollernthums erlegen, und die „Armeereorganisation“ hatte nur noch die letzte Spur demokratischen Geistes wegzumafregeln. Hätte diese Landwehr noch 1866 bestanden der Bruderkrieg wäre undenkbar gewesen. Was man jetzt Landwehr nennt, ist nichts als ein Anhängsel der Linie. Und wie verhält es sich mit der „allgemeinen Wehrhaftigkeit“ in Preußen? Allgemeine Wehrhaftigkeit heißt Wehrhaftigkeit Aller. — In Preußen ist aber von je 3 wehrfähigen Männern nur Einer bewehrt. War ich, angesichts dieser unumstößlichen Thatsache nicht berechtigt, die „allgemeine Wehrhaftigkeit“ Preußens eine schamlose Lüge zu nennen? Statt der allgemeinen Wehrhaftigkeit giebt Preußen eine Drittels-Wehrhaftigkeit, wie in seiner „deutschen Einheit“ eine Drittels-Einheit. Die Wahrheit ist: die reorganisierte preussische Armee sammt der Landwehr ist im Verhältnis zur Bevölkerung das größte stehende Heer der Welt, und kein Land empfindet darum auch die Folgen des Systems in solchem Maaße wie das unglückliche Preußen.

Doch ich wollte nur zeigen, daß das preussische Wehrsystem sich im Wesentlichen nicht von dem der übrigen Militärmächten unterscheidet, und daß, hätten die Oesterreicher bei Königgrätz gehetzt, Preußen völlig hüßlos gewesen wäre. Wie anders, wo stehende Heere unbekannt sind und das Volk selbst die Verteidigung des Vaterlandes übernimmt. Blicken Sie nach Amerika. Vor 8 Jahren erhoben dort die Sklavenhalter des Südens — ganz wie bei uns vor dritthalb Jahren die Junker des Nordens — das Banner der Rebellion und wollten das Vaterland zerreißen. Der bundestreue Norden ward über-rumpelt — wie bei uns der Süden. In der Regierung saßen Ver-räther — keine Armee, keine Flotte. Aber das Volk war da. Nicht erschöpft durch eine unerträgliche Steuerlast, begeistert für die Freiheit eilte es entschlossenen Muths zu den Waffen. Die erste Schlacht geht verloren — wie bei uns. Aber hier hört die Wehrhaftigkeit auf. Uns machte die erste Niederlage unfähig, den Kampf fort-zuführen; sie war das Ende des Kriegs. In Amerika war sie der Anfang des Kriegs. Der Norden verdoppelte seine Anstrengungen. In wenig Wochen ist ein Volksheer versammelt ungleich stärker als das geschlagene. — Noch eine Niederlage. Das nämliche Schauspiel. Für ein freies Volk giebt es kein Königgrätz. Ein freies Volk ist nicht abhängig von den Launen des Kriegsglücks. Zwanzig Mal geschlagen, nie besiegt, erheben die Amerikaner sich nach jeder Niederlage mit erneuter Kraft, stärker als zuvor, und kämpfen den Miesenkampf durch, bis die Rebellion zertreten ist. Der ameri-kanische Bismarck, dem ein bewaffnetes Volk entgegenstand, er-wartet jetzt als Hoch- und Landesverräter seinen Prozeß; der deut-sche Jefferson Davis, dem ein stehendes Heer entgegenstand, hat Recht und Vaterland zertrümmert, und läßt von seinen sprichwörtlichen „Nichtern in Berlin“ die als Hoch- und Landesverräter verurtheilt, welche der siegreichen Gewalt den Hohn der Anerkennung verweigern.

Unfähig, das Vaterland in der Stunde der Gefahr zu verteidigen, Werkzeug der Unterdrückung, Stütze des Unrechts, Ruin des national-n Wohlstands — das sind die stehenden Heere. Ihre Vernichtung ist die unerläßliche Vorbedingung eines freien europäischen Gemein-

wesens. Durch Reden, durch Beschlüsse wird das Uebel allerdings nicht beseitigt. Wie schon gesagt, die Frage der stehenden Heere ist eine Nachfrage. Aber Reden und Beschlüsse sind darum nicht unnütz. Es gilt, die Müssen in Nord und Süd, in Ost und West aufzuklären über dieses kolossale Uebel, damit sie im geeigneten Moment wissen, wohin der vernichtende Keulenhieb zu fallen hat. Der Moment wird kommen. Das Uebel tödtet sich selbst durch seine eigene Größe; die Völker müssen es austrotten, wenn sie ihm nicht zu Dufser fallen wollen. Und vielleicht bietet die Gelegenheit sich bald. Der Cäsarismus jenseits des Rheins wird durch das „Verhängniß“, durch die „Logik der Thatfachen“ zum Krieg gegen den Cäsarismus diesseits des Rheins gedrängt. Der Zusammenstoß ist unvermeidlich. Die Völker können nur gewinnen, wenn ihre Feinde sich unter einander zerfleischen. Aber sie dürfen dann auch nicht die Sache ihrer Feinde zu ihrer eignen machen. Es muß um jeden Preis verhindert werden, daß der kommende Krieg einen nationalen Charakter annehme. Der Mann, welcher am 2. December 1851 die französische Republik meuchelte, kann eben so wenig Vertreter der französischen Nationalinteressen sein, als die Männer, die Deutschland im Sommer 1866 meuchelten, Vertreter der deutschen Nationalinteressen. Jede Niederlage des napoleonischen Cäsarismus ist ein Sieg des französischen Volks; jede Niederlage des Bismarck'schen Cäsarismus ist ein Sieg des deutschen Volks. Wir Norddeutsche sind vörläufig vergewaltigt. Aber Sie im deutschen Süden sind noch nicht völlig gefesselt. Zerreißen Sie die Schlingen der Militärverträge, die Preußen Ihnen um den Hals geworfen, und ersparen Sie Europa, der Welt jene Todblinde wider den heiligen Geist der modernen Civilisation: einen Nationalkrieg zwischen Frankreich und Deutschland. In Ihrer Hand liegt es. Thun Sie Ihre Schuldigkeit, und der Krieg der Cäsaren wird zum Auferstehungsfest der Völker.

Und dann wird auch die Nachfrage der stehenden Heere gelöst. Es entspannt sich hierauf eine Debatte, an deren Schluß der Redner noch bemerkte: „Einer der Vorredner (Ladendorf) hat für die allgemeine Entwaffnung gesprochen. Auch ich bin dafür. Aber sie kann erst eintreten, wenn alle Feinde der Völker unschädlich gemacht sind. Und das wird noch lange dauern. Für Deutschland und Frankreich scheint mir die Stunde der Befreiung nicht sehr fern. Doch mit unserer Befreiung sind wir noch nicht am Ziele, es bleibt uns noch eine blutige Arbeit zu verrichten und eine heilige Pflicht zu erfüllen: die Fortmürrung Rußlands, die Wiederherstellung Polens. Ist dem russischen Doppelaar das nach Westen gelehrte Haupt abgeschlagen; haben wir an Polen die Verbrennen unserer Fürsten, namentlich des treulosesten und undeutschesten unter ihnen, Friedrichs des Großen, wie die Geschichtsfälscher ihn nennen, geföhnt; ist der Despotismus aus seine letzten Schlusfwinkel vertrieben, dann, aber auch erst dann, können die Völker entwaffnen. Bis dahin müssen wir festhalten an unserer Forderung der allgemeinen Volksbewaffnung: Jeder Bürger ein Soldat, jeder Soldat Bürger!“

Daß die Resolutionen gegen die stehende Heere einstimmig angenommen wurden, ist bereits gemeldet.

## Anzeigen.

### Die Hessische Volkszeitung

beginnt mit dem 1. Januar ihren zweiten Jahrgang. Sie ist das einzige Abendblatt Cassels und durch direkte Beziehungen in den Rand geföhrt. Die im Laufe des Tages in Berlin und Frankfurt eintreffenden politischen und Cours-Telegramme denselben Tag ihren Lesern noch mitzutheilen. Die täglichen Leitartikel, sowie Correspondenzen aus den bedeutendsten Orten geben ihren Abonnenten Gelegenheit, sich über die politischen Vorkommnisse Urtheile zu bilden. Ihr politisches Programm zu veröffentlichen, ist überflüssig, es ist in weiten Kreisen bekannt und wird trotz aller Verdächtigungen von ihr mit der gewohnten Energie verfochten werden. In allen Theilen des Regierungsbezirks Cassel sind Correspondenten engagirt, alle Vorkommnisse in der Provinz rasch zu unserer Kenntniß zu bringen.

Die Verhandlungen der städtischen Behörden muß die „Hessische Volkszeitung“ freilich den vom nationalliberalen

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.  
Redaktion: Braustraße 11.

Stadtrath, begünstigten Blättern entnehmen, dagegen ist sie das einzige Blatt, das städtische Angelegenheiten freimüthig bespricht.

Das belletristische Beiblatt „Die Feierstunden“ wird auch im nächsten Jahre durch Novellen, Artikel über Wissenschaft, Kunst und Literatur, sowie auch Mittheilungen vermischten Inhalts seinen Lesern unterhaltende Lectüre bieten.

Zu Inseraten bietet die „Hessische Volkszeitung“ günstige Gelegenheit, ihre Leserszahl wird im Regierungsbezirk Cassel nur von einem Blatt und in Cassel selbst nur durch die Lokalblätter übertroffen.

Der Abonnementspreis beträgt für Hauptblatt und Feierstunden vierteljährlich bei der Expedition 22 1/2 Sgr., bei allen Postanstalten innerhalb Preußens 26 1/4 Sgr., bei sämtlichen Postanstalten der nicht preussischen norddeutschen Staaten 18 3/4 Sgr., bei den übrigen Postanstalten des deutsch-österreichischen Postvereins 19 Sgr.

Zum zeitigen Abonnement ladet ein

Cassel, im December 1868. Die Expedition.

Die

### Deutsche Volkszeitung,

Organ für die deutsche Partei und für die besonderen Interessen Hannovers,

eröffnet zum 1. Januar ein neues Vierteljahrs-Abonnement und ersucht um Anmeldung desselben vor dem Eintritt des neuen Quartals, da Nachlieferungen nicht zugesichert werden können.

Unbeirrt durch die Strömungen des Tages, wird die „Deutsche Volkszeitung“ fortfahren, ohne Rücksicht auf Anerkennung und Mißgunst von oben, zu kämpfen im Dienste des Rechts gegen die Gewalt, der Wahrheit gegen Schein und Lüge, der Freiheit gegen Unfreiheit. Wie die „Deutsche Volkszeitung“ nicht aufhören wird, mit aller Energie einzutreten für die freiheitliche Einigung Gesamtdeutschlands mit Gleichberechtigung aller deutschen Stämme, so wird sie, gegen jede unberechtigte Gleichmacherei in die Schranken tretend, unerbittern für die hannoverschen Interessen Partei ergreifen.

### Schwarz-Roth-Gold und Gelb-Weiß

sei das Panier!

Abonnements-Preis: praenumerando vierteljährlich für das Königreich Preußen 1 Thlr. 5 1/2 Sgr. incl. Postaufschlag und Zeitungsteuer, für alle übrigen Länder 21 1/2 Sgr. excl. Postaufschlag. — für die Stadt Hannover 1 Thlr. 2 1/2 Sgr. incl. Zeitungsteuer und Briefporto.

Inserionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 1 1/2 Sgr.

Hannover, im December 1868.

### Frankfurter Zeitung

(Auflage 9000.) und Handelsblatt. (Auflage 9000.)

Der Abonnementspreis im Norddeutschen Bunde außerhalb Preußens beträgt 1 Thlr. 27 1/2 Sgr. per Quartal. Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen.

Frankfurt a. M., im December 1868.

### Die Expedition der Frankfurter Zeitung.

Leipzig. } Druck und Verlag: C. W. Volkraht.  
Expedition: Petersstraße 18.